

TÄTIGKEITSBERICHT

Stresemannstraße 3-5
56068 Koblenz

poststelle@sgdnord.rlp.de
www.sgd nord.rlp.de



INHALT

■ Inhaltsverzeichnis	Seite 3
■ Vorwort	Seite 4/5/6
■ Organisation	Seite 7
■ Zentrale Aufgaben	Seite 8/9
■ Gewerbeaufsicht	Seite 10/11
■ Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz	Seite 12/13
■ Raumordnung, Naturschutz, Bauwesen	Seite 14/15
■ Projektgruppe Welterbe Oberes Mittelrheintal	Seite 16/17
■ Einheitlicher Ansprechpartner	Seite 18/19
■ audit berufundfamilie	Seite 20/21
■ Beispielhafte Beschäftigung schwerbehinderter Menschen	Seite 22/23
■ Flughafen Frankfurt-Hahn	Seite 24/25/26/27
■ Industrieheizkraftwerk Andernach	Seite 28/29
■ Trierer Hafen	Seite 30/31
■ Strahlenschutz im Krankenhaus	Seite 32/33
■ Biogasanlagen	Seite 34/35
■ Europäische Wasserrahmenrichtlinie	Seite 36/37
■ Hochwasserschutz Kesten	Seite 38/39
■ Bundesgartenschau Koblenz 2011	Seite 40/41
■ Modellstadt Sankt Goar	Seite 42/43/44/45
■ Farbgestaltung im Welterbe Oberes Mittelrheintal	Seite 46/47
■ Natura 2000	Seite 48/49
■ Raum+ Rheinland-Pfalz	Seite 50/51
■ Fledermausfestival in Reil	Seite 52/53
■ Impressum / Bildnachweis	Seite 54



Dagmar Barzen ist seit dem 1. Juni 2008 Präsidentin der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (SGD Nord). Die Behörde hat ihren Hauptsitz in Koblenz. Mit den Regionalstellen in Montabaur, Idar-Oberstein und Trier ist sie in den Regionen Mittelrhein und Trier präsent. Das Führungsteam bilden Präsidentin Dagmar Barzen, Vizepräsidentin Monika Becker und die Abteilungsleiter Wilhelm Herm, Joachim Gerke und Dr. Michael Schmidt.

VORWORT



Ich freue mich, Ihnen mit diesem Tätigkeitsbericht unsere Arbeit vorzustellen. Unsere Behörde ist ein wesentlicher Bestandteil der 1999 reformierten rheinland-pfälzischen Verwaltung. Die Bezirksregierungen wurden zum 1. Januar 2000 aufgelöst. Ihre Aufgaben wurden nach funktionalen Gesichtspunkten neu geordnet. Als eine von drei Direktionen entstand die SGD Nord, die einige ehemals selbständige Landesämter unter ihrem Dach vereint.

Gründungspräsident Hans-Dieter Gassen hat der neuen Behörde gemeinsam mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern große Anerkennung verschafft. Deshalb konnte ich 2008 eine moderne und für ihre große Fachkompetenz bekannte Behörde übernehmen.

Unsere qualifizierte, zügige und rechtssichere Bearbeitung von Anträgen gewährleistet gerichts-feste Genehmigungen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten haben diese für Unternehmen eine standortentscheidende Bedeutung. Vertreter von Firmen, Kammern, Verbänden und anderen Institutionen bestätigen mir immer wieder, wie wichtig unsere Bündelungsfunktion ist.



So können wir unsere vielfältigen gesetzlichen Aufgaben bei der Genehmigung und Verwirklichung von Investitionen effizient erfüllen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag für die Attraktivität von Rheinland-Pfalz als Wirtschaftsstandort und gesundem Lebensraum.

In diesem Tätigkeitsbericht zeigen wir an ausgewählten Beispielen, was Bündelung in komplexen Verfahren bedeutet. Ich hoffe, dass dieser kleine Querschnitt die Neugier für unsere Arbeit bei den Leserinnen und Lesern weckt. Weitergehende Informationen zu unserem breiten Aufgabenspektrum und aktuelle Hinweise finden Sie auf unserer Homepage www.sgd-nord.rlp.de.

Interessierte, die sich noch eingehender mit unserer Arbeit beschäftigen möchten, haben dazu in diesem Jahr verschiedene besondere Gelegenheiten. Denn in 2010 haben wir mehrfach Grund zum Feiern.

Das Dienstgebäude in der Stresemannstraße in Koblenz wurde vor 100 Jahren fertig gestellt und wir feiern unser 10jähriges Bestehen. Ab September 2010 können Sie die Ausstellung dazu in unserem Dienstgebäude in Koblenz besichtigen. Zudem blickt die Gewerbeaufsicht in Idar-Oberstein auf 50 Jahre zurück. Wir werden diesen Anlass im August 2010 mit einem Tag der offenen Tür begleiten, bei dem sich unsere Arbeitsbereiche präsentieren.

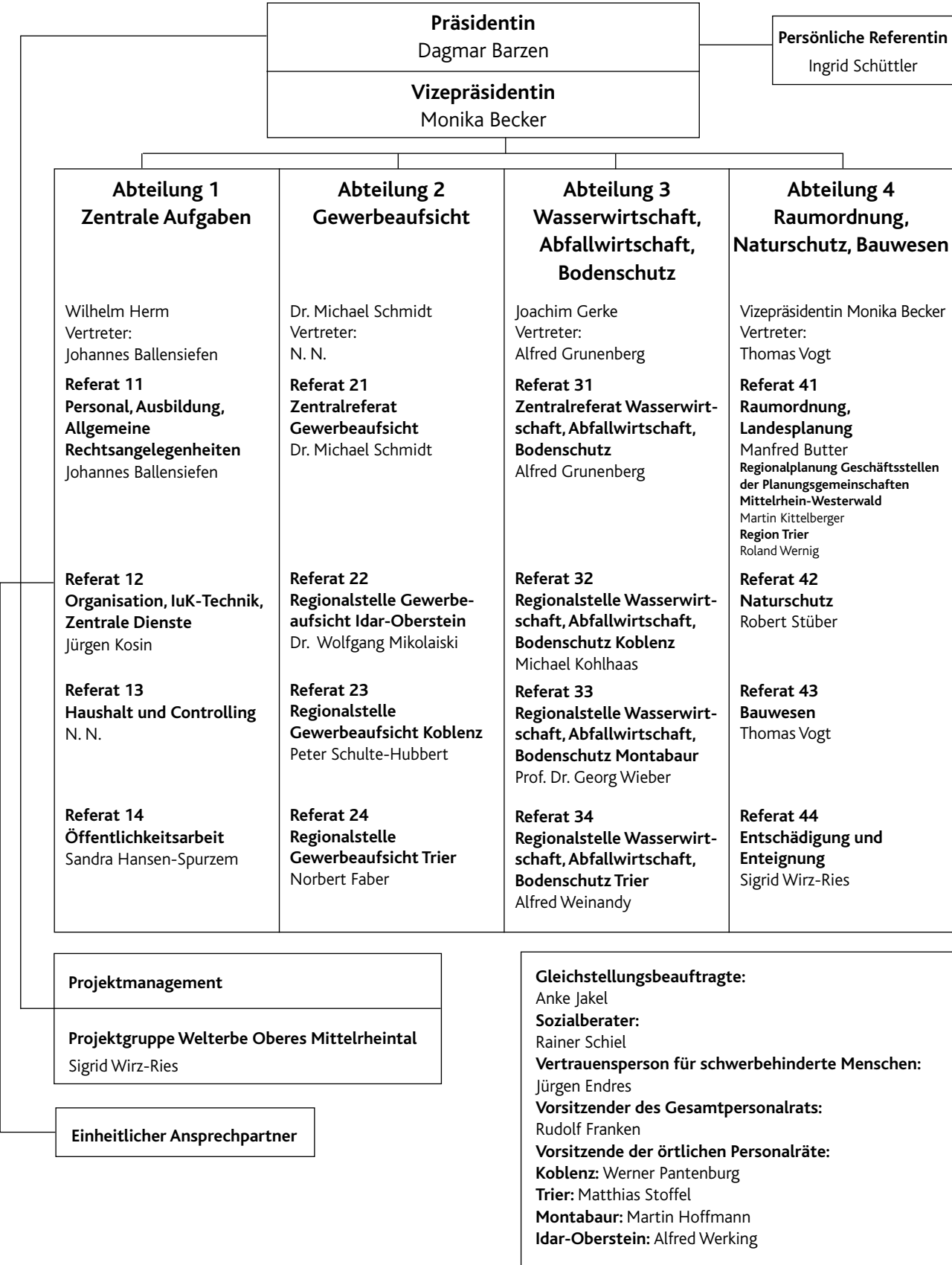
Ich freue mich, viele interessierte Bürgerinnen und Bürger zu begrüßen.



Neben dem Rückblick ist mir auch der Blick nach vorne ganz wichtig. In den nächsten Jahrzehnten stehen uns einschneidende demografische Veränderungen bevor. Diese werden uns vor neue Herausforderungen stellen. Ich bin mir sicher, dass wir diese gemeinsam in einem solidarischen Miteinander bewältigen und positiv begleiten werden. Ich wünsche Ihnen nun viel Freude bei der Lektüre unseres Tätigkeitsberichts.

Ihre

Dagmar Barzen





Wilhelm Herm leitet die Abteilung Zentrale Aufgaben. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern sich um Personal, allgemeine Rechtsangelegenheiten, Organisation, Informations- und Kommunikationstechnik, Zentrale Dienste, Haushalt und Controlling sowie Öffentlichkeitsarbeit. Jährlich werden etwa 30 junge Menschen ausgebildet.

ZENTRALE AUFGABEN ABTEILUNG 1



Aufgaben

- Personalentwicklung und -management
- Personalverwaltung
- Frauenförderung
- Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen
- audit berufundfamilie
- Aus- und Fortbildung
- Haushalts- und Finanzwesen
- Beschaffungswesen
- Kosten- und Leistungsrechnung
- Vergabe- und Gebührenwesen
- Geschäftsordnung
- Organisationsuntersuchungen
- Organisations- und Verwaltungsentwicklung
- Arbeitszeitregelungen
- Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit, Gesundheitsförderung
- Informations- und Kommunikationstechnik
- Einheitlicher Ansprechpartner
- Zentrale Dienste, Hausverwaltung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Reden und Grußworte, Auszeichnungen und Ehrungen



Dr. Michael Schmidt leitet die Abteilung Gewerbeaufsicht. Zentrale Aufgabenfelder sind Arbeitsschutz, Immissionsschutz, Chemikalienrecht, Strahlen- und Verbraucherschutz. Dafür setzen sich seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Regionalstellen Idar-Oberstein, Koblenz und Trier sowie im Zentralreferat in Koblenz ein.

GEWERBEAUF S I C H T A B T E I L U N G 2



Aufgaben

- Genehmigungsverfahren gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz mit Umweltverträglichkeitsprüfungen, Erlaubnisverfahren für Pipelines, Füllstellen, Tankstellen, Lageranlagen, Dampfkessel
- Beurteilung von Arbeitsstätten und technischen Einrichtungen, Ergonomie der Arbeitsplätze
- Entscheidungen über Kündigungsangelegenheiten in Mutterschutz und Elternzeit
- Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren nach dem Energiewirtschaftsgesetz
- Genehmigung von Sonn- und Feiertagsarbeit, Entgeltüberwachung
- Genehmigungsverfahren und Kontrollen gemäß Treibhausgasemissionshandelsgesetz
- Überprüfungen und Beratungen zu Lenk- und Ruhezeiten beim Fahrpersonal, zu den allgemeinen Arbeits-/ Ruhezeiten sowie zu den Bestimmungen nach Mutterschutz- und Jugendarbeitsschutzgesetz
- Anerkennungsverfahren nach Betriebssicherheitsverordnung, Gefahrstoffverordnung und Chemikalien-Klimaschutzverordnung
- Untersuchung von Schadensfällen, Arbeitsunfällen und Anzeigen über den Verdacht einer Berufserkrankung
- Sicherheitsmaßnahmen beim Umgang mit explosionsgefährlichen Stoffen, genveränderten Organismen, Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen und beim Inverkehrbringen von Chemikalien
- Kontrollen zur Anlagensicherheit von Industrieanlagen und speziellen überwachungsbedürftigen Anlagen
- Fachtechnische Stellungnahmen zum Arbeits- und Umweltschutz, zur Anlagensicherheit, Mitwirkung in der Bauleitplanung
- Produktsicherheit, beispielsweise Durchführung von Marktkontrollen, Abgabe von Verbrauchernotwarnungen, Rückrufaktionen
- Strahlenschutz in Medizin und Betrieb
- Schutz des Menschen und der Umwelt vor unzulässigen Beeinträchtigungen, beispielsweise durch Luftverunreinigungen oder Lärm



WASSERWIRTSCHAFT, ABFALLWIRTSCHAFT, BODENSCHUTZ ABTEILUNG 3



Joachim Gerke leitet die Abteilung Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz. Mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kümmert er sich um die Wasserwirtschaft, das Fischereiwesen, die Abfallwirtschaft und den Bodenschutz. Neben dem Zentralreferat in Koblenz ist die Abteilung mit ihren Regionalstellen Koblenz, Montabaur und Trier präsent.

Aufgaben

- Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie
- Gewässerkundlicher Dienst
- Stauanlagenüberwachung
- Aktion Blau - Erhaltung und Entwicklung naturnaher Gewässer
- Staatlicher Wasserbau und Bau von Hochwasserschutzanlagen
- Hochwassermeldezentren Mosel und Nahe-Lahn-Sieg
- Ausweisung von Überschwemmungsgebieten und Wasserschutzgebieten
- Schutz und Bewirtschaftung des Grundwassers, Wasserversorgung
- Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
- Schutz und Bewirtschaftung der Oberflächengewässer, kommunale und gewerblich-industrielle Abwasserbeseitigung
- Labor, staatliche Einleiterüberwachung
- Abwasserabgabe
- Gewässeraufsicht und Fischereiaufsicht
- Fischartenschutzprojekte, Umsetzung der Europäischen Aalverordnung
- Führen des digitalen Wasserbuchs DIGIWAB und des Fischereibuchs
- Vorsorgender und nachsorgender Bodenschutz
- Konversion
- Bodenschutzkataster und Bodenschutzinformationssystem
- Überwachung von Abfallanlagen
- Kontrolle der Behandlung und Verwertung von Abfällen
- Durchführung von wasserrechtlichen, abfallrechtlichen, bodenschutzrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Verfahren
- Förderung wasserwirtschaftlicher, fischereilicher, bodenschutzrechtlicher und abfallwirtschaftlicher Maßnahmen



RAUMORDNUNG, NATURSCHUTZ, BAUWESEN ABTEILUNG 4



Vizepräsidentin Monika Becker leitet die Abteilung Raumordnung, Naturschutz, Bauwesen. In Koblenz und Trier stehen bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Raumordnung, Landesplanung, Naturschutz, Bauwesen, Entschädigung, Enteignung und die geografischen Informationssysteme im Mittelpunkt.

Aufgaben

- Raumb Beobachtung über Raumordnungskataster
- Landesplanerische Stellungnahmen, raumordnerische Prüfverfahren, Zielabweichungsverfahren
- Koordinierung grenzübergreifender Planungen, verkehrs- und bergbaurechtlicher Beteiligungsverfahren sowie Flurbereinigungsverfahren
- Geschäftsstellen der Planungsgemeinschaften Mittelrhein-Westerwald und Region Trier, Regionale Raumordnungspläne, Raumordnungsberichte, Entwicklungskonzepte
- Mitwirkung bei Planungen und Zulassungsverfahren
- Unterschutzstellungsverfahren für Naturschutzgebiete und kreisübergreifende Landschaftsschutzgebiete
- Biotopbetreuung
- Befreiungen von Verbotstatbeständen und Genehmigungen
- Erstellen von Bewirtschaftungsplänen für Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzgebiete
- Naturschutzpädagogik
- Entscheidung über Widersprüche von Gemeinden im Städtebaurecht
- Bauaufsicht/Baulicher Brandschutz
- Hochbau/Prüfungen von Zuwendungsverfahren
- Initiative Baukultur für das Welterbe Oberes Mittelrheintal
- Höhere Verwaltungsbehörde für Städtebau, wie Genehmigung von Bauleitplänen
- Soziale Wohnraumförderung
- Koordinierungsstelle Bundesgartenschau 2011
- Entschädigungsverfahren
- Beurkundung von Einigungen
- Besitzeinweisungs- und Enteignungsverfahren
- Rückenteignungen
- Widerspruchsverfahren und Rechtsstreitigkeiten
- Bereitstellung amtlicher Daten, Pläne und Karten der Landes- und Regionalplanung
- Datenmanagement der Naturschutzverwaltung Rheinland-Pfalz



PROJEKTGRUPPE WELTERBE OBERES MITTELRHEINTAL



Präsidentin Dagmar Barzen ist die Bevollmächtigte für die Umsetzung des Managementplans für das Welterbe Oberes Mittelrheintal. Dort sind die wesentlichen, von der UNESCO anerkannten Zielvorgaben für den Fortbestand und die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft formuliert. Wir bündeln im Rahmen der Umsetzung dieser Zielvorgaben wichtige Aufgaben und haben deshalb eine Projektgruppe eingerichtet.

Aufgaben

- Koordinierung, Information und Abstimmung aller welterberelevanten Planungen
- Zusammenführung und Einbindung aller Beteiligten bei der Entwicklung und Umsetzung privater sowie öffentlicher Vorhaben
- Bewertung von Planungen auf ihre Verträglichkeit mit den Zielen des Managementplans
- Initiierung, Mitwirkung, Hilfestellung bei Projekten, beispielsweise Projektförderung im Rahmen der Initiative Baukultur
- Kommunikation des Welterbes nach außen



Gute Nachrichten für alle Existenzgründer und Unternehmer: In Rheinland-Pfalz gibt es tatkräftige Unterstützung bei der Bewältigung der zahlreichen Behördengänge. Ihnen steht eine neue Einrichtung zur Verfügung, die sie auf dem Weg durch die behördlichen Verfahren begleitet: der Einheitliche Ansprechpartner, kurz EAP.

DER EINHEITLICHE ANSPRECHPARTNER

KOSTENLOSE SERVICESTELLE FÜR UNTERNEHMER UND EXISTENZGRÜNDER



Nach der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie sind in den Mitgliedsstaaten einheitliche Stellen zur Unterstützung von Unternehmen, Handwerksbetrieben und Dienstleistern bei behördlichen Verfahren und Formalitäten eingerichtet worden. Seit Anfang 2010 wird diese Aufgabe in Rheinland-Pfalz von den beiden Struktur- und Genehmigungsdirektionen Nord und Süd wahrgenommen.

Wir informieren über die Anforderungen, Verfahren und Formalitäten, die für die Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistung oder eines Handwerks benötigt werden. Wir kümmern uns darum, dass die Unternehmen die erforderlichen behördlichen Genehmigungen und Erlaubnisse zügig und ohne großen bürokratischen Aufwand erhalten. In diesen Fällen koordinieren wir die Verfahren zwischen Antragsteller und zuständigen Fachbehörden und überwachen die Einhaltung der

Fristen. In Streitfällen teilen wir den Unternehmen mit, welche rechtlichen Möglichkeiten sie im Umgang mit den Behörden haben. Wir bieten allerdings keine detaillierte Rechtsberatung an. Zu allgemeinen Fragen zum Arbeits- und Sozialrecht geben wir ebenso Auskunft wie über den Zugang zu öffentlichen Registern und Datenbanken.

Wir sind Vermittler und Lotse. Die jeweils zuständigen Behörden behalten weiter uneingeschränkt ihre Zuständigkeit, arbeiten dabei aber eng mit uns zusammen.

Wir stehen allen Unternehmen und Gründern aus Deutschland und den europäischen Ländern zur Verfügung. Die Unterstützung ist kostenlos und belastet somit das Budget der Existenzgründer nicht zusätzlich.



Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielt heute für erwerbstätige Menschen eine wichtige Rolle. Deshalb schaffen wir die Rahmenbedingungen für eine bessere Balance zwischen den beruflichen und privaten Interessen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

AUDIT BERUFUNDFAMILIE



BERUF UND FAMILIE IM GLEICHGEWICHT

Wir haben uns dem von der gemeinnützigen Hertie-Stiftung entwickelten Auditierungsverfahren zur weiteren Verbesserung unserer familienbewussten Personalpolitik unterzogen.

Verbesserung der internen Kommunikation zu familienorientierten Angeboten und der Sensibilisierung unserer Führungskräfte für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Für verschiedene Bereiche wurden konkrete Ziele und Maßnahmen festgeschrieben. Im Mittelpunkt standen Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Information und Kommunikation, Führungskompetenz, Personalentwicklung und Service für Familien. Der Familienbegriff wurde dabei bewusst weit gewählt und umfasst die klassische Eltern-Kind-Beziehung ebenso wie die Pflege älterer Menschen.

Zwischenzeitlich ist auch der Re-Auditierungsprozess abgeschlossen. Er führt die bisher umgesetzten Maßnahmen zur Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Familienaufgaben fort und optimiert sie. In zwei Workshops wurden die realisierten Schritte begutachtet und neue Ziele zur weiteren Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie festgelegt.

Nach erfolgreicher Auditierung verlieh uns die berufundfamilie gGmbH im März 2007 das Grundzertifikat. Die kontinuierliche Umsetzung unserer Zielvereinbarung dokumentieren wir seitdem mit jährlichen Berichten. Schwerpunkte setzen wir bei der weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit, der

Der bisherige Erfolg unserer Bemühungen gibt uns Recht. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind motivierter, kreativer und identifizieren sich stärker mit ihrer Arbeit. Davon profitieren alle; unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihre Familien und unsere Kunden.



Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen zeichnet jährlich Arbeitgeber aus, die schwerbehinderte Menschen vorbildlich beschäftigen. Der Preis soll ermutigende Beispiele für die berufliche Integration von schwerbehinderten Menschen in der Öffentlichkeit bekannt machen. 2009 wurden wir mit dem Landespreis in der Kategorie Öffentlicher Dienst ausgezeichnet.

BEISPIELHAFTE BESCHÄFTIGUNG SCHWERBEHINDERTER MENSCHEN



GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE VON MENSCHEN MIT UND OHNE BEEINTRÄCHTIGUNG

Menschen mit Beeinträchtigungen sind im Arbeitsleben oft benachteiligt. Zahlreiche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst und integrieren Menschen mit Behinderungen in ihr Unternehmenskonzept. Sie lassen sich nicht von Vorurteilen leiten und gewinnen dadurch das besondere berufliche Engagement der Beschäftigten.

Maßgebliche Kriterien für die Preisverleihung sind die Beschäftigungsquote schwerbehinderter und gleichgestellter Menschen, die Schaffung und Erhaltung behindertengerechter Arbeits- und Ausbildungsplätze und die Integrationsphilosophie des Unternehmens.

Wir haben die Jury mit einer Beschäftigungsquote von über 9 %, der behindertengerechten Ausstattung von Arbeitsplätzen und den insgesamt erreichten Verbesserungen von Arbeitsbedingungen schwerbehinderter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überzeugt.

Wir leben unsere Integrationsvereinbarung. Mit maßgeschneiderten, praktikablen Lösungen integrieren wir schwerbehinderte Menschen. Nur so können sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse voll entfalten und sich im Wettbewerb mit nicht behinderten Kolleginnen und Kollegen behaupten. Davon profitieren wir als Arbeitgeber ebenso wie unsere Beschäftigten. Diese Auszeichnung ist der beste Beweis dafür, dass wir ein gutes Konzept haben.



Der Flughafen Frankfurt-Hahn ist ein schnell wachsender Flughafen. Innerhalb von nur wenigen Jahren hat sich der ehemalige amerikanische Militärflugplatz zu einem der gefragtesten internationalen Verkehrs- und Frachtflughäfen in Deutschland entwickelt. Wir unterstützen dieses Wachstum in unterschiedlichen Bereichen.

FLUGHAFEN FRANKFURT-HAHN

EUROPÄISCHE DREHSCHEIBE IM HUNSRÜCK

Verkehrsanbindung und Straßenführung

Wichtige Aspekte der Nutzung des Flughafens Frankfurt-Hahn sind die Verkehrsanbindung und die Straßenführung. Wir haben bei den Verfahren zum Ausbau des Flughafens und zur Neuordnung seiner Verkehrsanbindung mitgearbeitet. Mit den raumordnerischen Entscheiden zur Verlängerung der Start- und Landebahn und zur Ortsumgehung Bärenbach haben wir wesentliche Weichenstellungen zur Entwicklung des Flughafens und seines Umfeldes unterstützt.

Im Raumordnungsverfahren sowie in den Planfeststellungsverfahren haben wir die Belange der landschaftsbezogenen Erholung vertreten. Außerdem haben wir uns für den Artenschutz stark gemacht. Im Mittelpunkt standen der Schutz von Fledermäusen und der Wildkatze.

Umweltverträgliche Abwasserbeseitigung

Insbesondere auf den Start- und Landebahnen sowie den Warteflächen für Flugzeuge fallen im Winter Flugzeug- und Flächenenteisungsmittel an. Wir haben zusammen mit der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH dafür gesorgt, dass diese umweltverträglich beseitigt werden. Die Flugha-

fengesellschaft entschied sich, gemeinsam mit der Verbandsgemeinde Kirchberg eine Kläranlage zu bauen. Mit den Planungen gingen zeitintensive Labor- und technische Untersuchungen einher. Deren Ergebnisse haben wir bei der Genehmigung des Bauvorhabens Kläranlage Oberes Kyrbachtal berücksichtigt.

Behandlungsbedürftige Abwässer werden nach einer Zwischenpufferung in Speicherbecken über eine separate Verbindungsleitung zur neuen Kläranlage abgeleitet. Somit entfallen die bisherigen Tankwagenfahrten zu verschiedenen Kläranlagen.

Die Kläranlage ist im ersten Bauabschnitt für 28.000 Einwohner ausgelegt. Im Sommer 2010 wurde dieser mit der Abnahme durch unsere Fachleute abgeschlossen. Der Endausbau sieht den Anschluss von 41.000 Einwohnern vor. Er wird je nach Entwicklung des Flughafens Frankfurt-Hahn erforderlich, wenn weitere Vorfeldflächen und Rollbahnen verwirklicht werden.

Die Gewässergüte des Kyrbaches wird durch die hohen Anforderungen an die Einleitung aus der neuen Kläranlage im Vergleich zum bisherigen Zustand deutlich verbessert.





Bauen, Sanieren, Abreißen

Wichtige aktuelle Projekte sind eine Flugfelderweiterung, der Umbau und die Erweiterung des Terminals sowie des Tanklagers für Turbinentreibstoff und der Neubau einer Flugzeugwartungshalle. Wir begleiten diese Projekte. Schwerpunkte setzen wir beim Arbeits- und Immissionsschutz. Im Rahmen des erfolgreichen Konversionsprojektes waren und sind umfangreiche Bauprojekte in der Planung und Umsetzung.

Für die Erweiterung des Flughafens müssen Gebäude und Shelter aus der früheren militärischen Nutzung zurückgebaut werden. Bei allen ehemals militärisch genutzten Objekten ist mit gesundheitsschädlichen und umweltgefährdenden Stoffen zu rechnen. Häufig finden wir Asbest, polyaromatische Kohlenwasserstoffe, künstliche Mineralfasern und Schimmel. Wir sorgen dafür, dass der Rückbau zügig und ohne Gefahren für die Beschäftigten und die Umwelt erfolgt.

Strahlenschutz und Arbeitsschutz

Zur Gewährleistung der Sicherheit im Luftverkehr werden von den Flughafenbetreibern bei der Massenabfertigung von Gepäck und Frachtstücken verschiedene Röntgeneinrichtungen genutzt. Die Größe dieser Anlagen reicht von kleinen Handgepäckprüfgeräten über vollautomatische Gepäckprüfanlagen für Fluggastkoffer bis hin zu

Sperrgepäckanlagen für großes Frachtgut und Anlagen, die komplette Luftfrachtpaletten durchleuchten. An den Betrieb dieser Einrichtungen sind verschiedene strahlenschutzrechtliche Bedingungen geknüpft.

Wir begleiten, unterstützen und überwachen den Betrieb dieser technischen Einrichtungen und das damit arbeitende Personal im Bereich des Strahlenschutzes sowie des sozialen und technischen Arbeitsschutzes. Wir führen Genehmigungsverfahren für nicht bauartzugelassene Röntgeneinrichtungen und Anzeigeverfahren für bauartzugelassene Anlagen durch.

Wir wachen darüber, dass nur fachlich geeignetes Personal die Geräte bedient und dass die Sicherheit im Umfeld gewährleistet ist. Dazu kontrollieren wir die Einhaltung der Vorschriften und technischen Regeln bei wesentlichen Änderungen und Reparaturen an den Geräten.

Verbraucherschutz

Zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher überprüfen wir die Geräte- und Produktsicherheit importierter Waren. Mit dem tragbaren Röntgenfluoreszenzanalysator können unzulässige Schwermetalle, wie Cadmium, vor Ort in Kunststoffen und Legierungen gemessen werden, ohne das Produkt zu beschädigen.





Die Rasselstein GmbH in Andernach ist eine der weltweit größten Produktionsstandorte für Weißblech und ein bedeutender Arbeitgeber in der Region Mittelrhein. Der für die Herstellung und Beheizung der Produktionsstätten erforderliche Prozessdampf wird heute im eigenen Heizkraftwerk erzeugt.

INDUSTRIEHEIZKRAFTWERK ANDERNACH

KOMPLEXES VERFAHREN IN EINER HAND

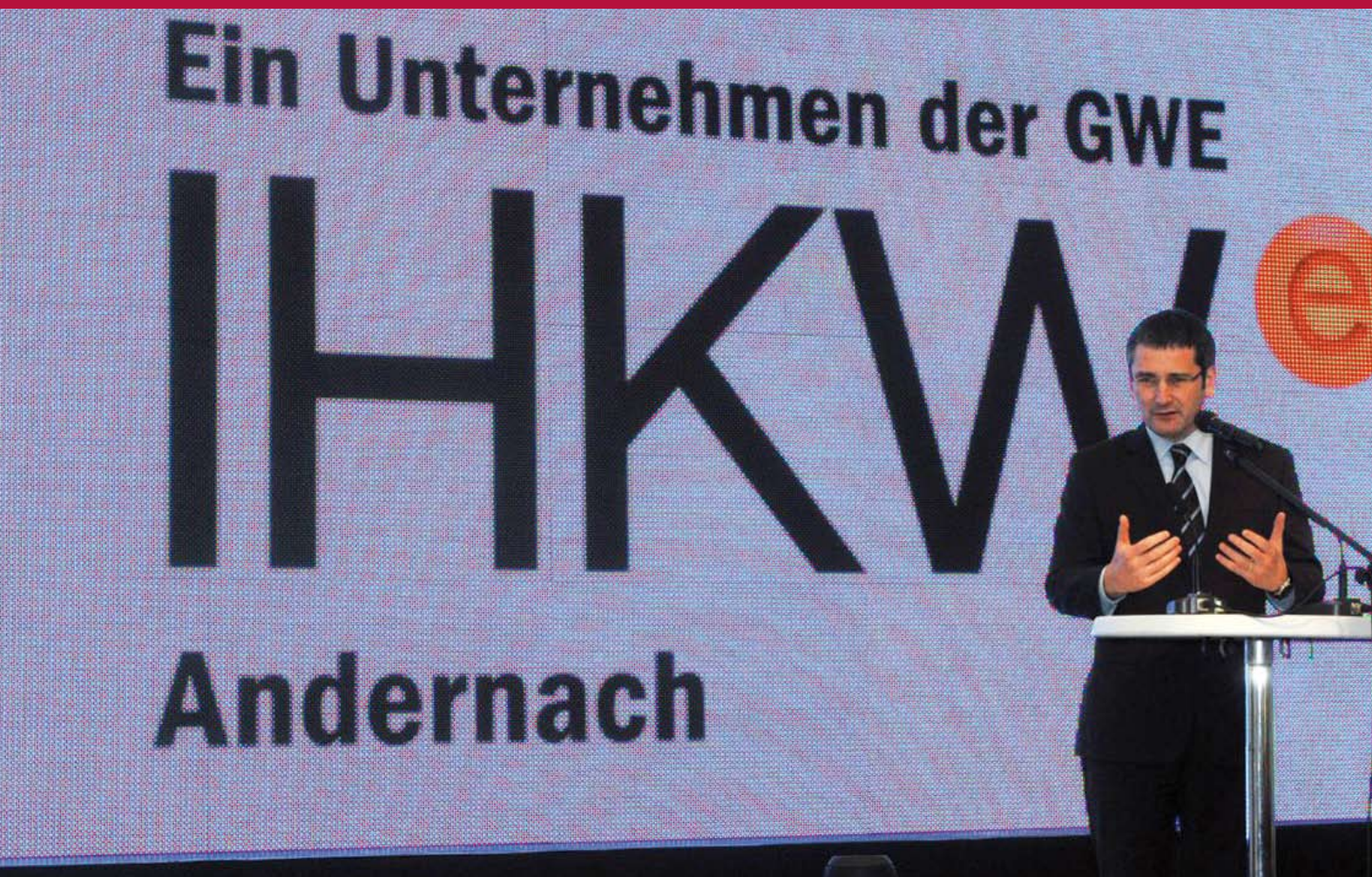
Das Industrieheizkraftwerk auf dem Werksgelände der Rasselstein GmbH in Andernach wurde 2009 in Betrieb genommen.

Mit einer Leistung von 100 Megawatt versorgt es das Werk mit Dampf. Überschüssiger Dampf wird zur Stromerzeugung genutzt. Die Energie wird dabei überwiegend nicht mehr aus fossilen Energieträgern, wie Kohle, Öl oder Gas, sondern aus Ersatzbrennstoff gewonnen. Dieser ist ein Brennstoff, der unter Einhaltung besonderer Gütekriterien aus heizwertreichen Abfällen hergestellt wird. Im Kraftwerk werden davon jährlich ca. 140.000 Tonnen eingesetzt.

Vor Inbetriebnahme mussten ein komplexes Genehmigungsverfahren, die mehrjährige Bau- und Inbetriebnahmephase sowie ein umfangreicher Probetrieb absolviert werden.

Ingenieure aus den Fachbereichen Bauwesen und Verfahrenstechnik, Fachleute für Brandschutz und Arbeitssicherheit waren ebenso gefordert wie Juristen und Verwaltungskräfte. Wir vereinigen die verschiedenen Fachrichtungen unter einem Dach und sind so in der Lage, eine Betreuung und Überwachung des Kraftwerks aus einer Hand sicherzustellen. Dabei berücksichtigen wir die Interessen der Wirtschaft und des Umweltschutzes.

Die Genehmigung für das Industrieheizkraftwerk bewährte sich auch in diversen Klageverfahren, die bis zum Bundesverwaltungsgericht führten. Alle unsere Entscheidungen wurden bestätigt. Dadurch konnte der Bauherr seine Investition mit einem Zeitgewinn von zwei Jahren abschließen.





Emissionsträchtige Unternehmen der Schwer- und Metallindustrie, der Entsorgungswirtschaft sowie des Transport- und Umschlagwesens prägen das Bild des Industriegebiets Trierer Hafen. Sie sind für Umweltbelastungen innerhalb des Hafengebietes und in den angrenzenden Wohngebieten verantwortlich.

TRIERER HAFEN



DAUERHAFTE HERAUSFORDERUNG IM UMWELTSCHUTZ

Wir überwachen Betriebe im Trierer Hafengebiet nach den Vorgaben des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Dort führen wir regelmäßige Inspektionen durch und gehen Beschwerden nach. Bei Genehmigungsverfahren überprüfen wir die Vorhaben der Unternehmen daraufhin, ob die komplexen Anforderungen zum Immissionsschutz, Gewässer- und Bodenschutz sowie zum Arbeitsschutz eingehalten werden.

Auf Grund der Emissionsträchtigkeit der im Hafengebiet ansässigen Betriebe haben wir 2004 Immissionsmessungen veranlasst. Dabei wurden Staub-, Schwermetall-, Dioxin- und Furanimmissionen in teilweise unzulässig hohen Konzentrationen festgestellt. In gemeinsamen Untersuchungen mit der Zentralen Expertengruppe Umweltschutz (ZEUS) wurden notwendige technische Maßnahmen bestimmt und in den Firmen umgesetzt.

Beispielsweise wurde das Stahlwerk mit großem technischem Aufwand generalsaniert und zu einem der modernsten Elektrostahlwerke erneuert. In einem Shredderbetrieb erfolgten umfangreiche Maßnahmen zur Stauberfassung und zur Verringerung der diffusen Emissionen.

Um den Erfolg dieser Maßnahmen zu kontrollieren haben wir 2007 und 2008 noch einmal Immissionsmessungen in Auftrag gegeben. Dabei wurde nachgewiesen, dass die Grenzwerte in den Wohngebieten eingehalten werden. Innerhalb des Industriegebietes besteht noch Handlungsbedarf.

Aktuell erstellen wir unter Beteiligung der ZEUS ein Konzept zur Emissionsminderung. Damit soll überall die Einhaltung der Immissionsgrenzwerte gewährleistet werden.



Die Nukleardiagnostik ist aus der Medizin nicht mehr wegzudenken. Dazu benötigt sie radioaktive Stoffe, so genannte Radiopharmaka. Der Einsatz der für den Patienten nützlichen Stoffe bedarf einer strahlenschutzrechtlichen Genehmigung.

STRAHLENSCHUTZ IM KRANKENHAUS

KREBSMEDIZINISCHES DIAGNOSEZENTRUM

Die Positronenemissionstomographie mit nachgeschaltetem Computertomographen gehört zu den bildgebenden Verfahren. Diese Diagnosemethode erlaubt einen genauen Blick in das Körperinnere des Patienten ohne Operation. Die Radiologen nutzen diese Möglichkeit und verabreichen den Patienten Radiopharmaka, die von den Krebszellen aufgenommen und durch die spezielle Aufnahmetechnik im Gewebe sichtbar gemacht werden können. Mit dem Computertomographen lässt sich anschließend die dreidimensionale Lage des Tumors genau berechnen, so dass dessen Bestrahlung gezielt möglich ist.

Bei der Entstehung des modernen krebsmedizinischen Diagnosezentrums im Klinikum Mutterhaus der Borromäerinnen in Trier sind wir als Überwachungs- und Genehmigungsbehörde nach Strahlenschutzrecht gefragt. Zum Schutz der Patienten und des medizinischen Personals

ist bei der Planung und während der Bauausführung insbesondere die Berücksichtigung des baulichen Strahlenschutzes wichtig. Eine enge fachliche Zusammenarbeit mit der kommunalen Baugenehmigungsbehörde, den Strahlenschutzsachverständigen des Landesamtes für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht und dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, ist für das Gelingen dieses medizinisch-technischen Großprojekts unerlässlich.

Durch die konsequente und gute Zusammenarbeit der beteiligten Behörden mit dem Klinikum konnte das komplexe Genehmigungsverfahren zügig vorangetrieben werden.

Jetzt kann unter Berücksichtigung höchster Maßstäbe des Strahlenschutzes eines der modernsten Krebsdiagnosezentren in Rheinland-Pfalz entstehen.





Aufgrund des Klimawandels und der Verknappung von Erdöl, Erdgas und Kohle werden immer mehr regenerative Energiequellen ausgebaut. Rheinland-Pfalz unterstützt Konzepte, die Energieeffizienz voranbringen, erneuerbare Energien einsetzen und damit zum Klimaschutz beitragen.

BIOGASANLAGEN

RECHTLICH KOMPLEXE GENEHMIGUNGEN



Insbesondere in der landwirtschaftlich geprägten Eifel sind Biogasanlagen ein wesentlicher Baustein zukunftsweisender Energiekonzepte. Betriebe, wie die Anlage in Zemmer im Landkreis Trier-Saarburg, demonstrieren, welche Möglichkeiten die effiziente Ausnutzung regional verfügbarer Biomasse für die Strom- und Wärmeerzeugung bieten. Die Biogasanlage wird von mehreren Landwirten und Landkreisen betrieben.

Das mit hohem Methangasanteil erzeugte Biogas wird in Verbrennungsmotoren als Brennstoff eingesetzt. Diese treiben Stromerzeuger an und produzieren elektrischen Strom. Zusätzlich wird die anfallende Abwärme genutzt. Einsatzstoffe sind tierische Reststoffe, wie Gülle, Jauche oder Festmist und nachwachsende Rohstoffe. Damit erzeugt die Anlage eine elektrische Leistung von ca. 1.200 Kilowatt. Im Jahr werden damit etwa 300.000 Liter Heizöl eingespart. Die Genehmigung von Biogasanlagen ist rechtlich und fachlich schwierig. In unserer Behörde gibt

es deshalb für jede Frage den richtigen Ansprechpartner. Unsere Fachleute genehmigen landwirtschaftliche Biogas- und Abfallvergärungsanlagen, die dem Bundes-Immissionsschutzgesetz unterliegen.

Im Interesse eines zügigen Genehmigungsverfahrens beteiligen wir alle betroffenen Stellen. Wir ermöglichen die komplette Prüfung der gesamten Bandbreite des Umweltrechts aus einer Hand: Luftreinhaltung, Lärm- und Arbeitsschutz, Gewässer-, Abfall- und Bodenschutz sowie Natur- und Brandschutz. So können wir zuverlässige und schnelle Entscheidungen treffen.

In strittigen Fällen sorgen wir als Obere Bauaufsichtsbehörde für Klärung, beispielsweise, wenn Gemeinden das nach dem Baugesetzbuch erforderliche Einvernehmen versagen. Gleiches gilt, wenn die Privilegierungsvoraussetzungen bei Biogasanlagen im bauplanungsrechtlichen Außenbereich überprüft werden müssen.



Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie fordert den guten Zustand der Gewässer bis 2015. Um dieses Ziel zu erreichen, haben die Wiederherstellung der Durchgängigkeit und der gute ökologische Zustand der Gewässer einen besonders hohen Stellenwert.

EUROPÄISCHE WASSERRAHMENRICHTLINIE

UNSER WASSER IN GUTEM ZUSTAND

Unsere Gewässer sind vielfältigen Nutzungen und Belastungen ausgesetzt. Beispielsweise durch die Einleitung von Abwässern, die Gewinnung von Trink- und Brauchwasser, die Wassernutzung mittels Turbinen und die Begradigung von Gewässern.

Im Jahr 2000 trat die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in Kraft. Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass die Umsetzung der WRRL nicht national, sondern für große Flusseinzugsgebiete, wie Rhein und Mosel, über nationale Grenzen hinweg erfolgt. So haben unsere Fachleute gemeinsam mit Kollegen aus Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien an der Aufstellung des Bewirtschaftungsplans für die Mosel gearbeitet. Er gibt Auskunft über den Zustand des

Gewässers und fasst gleichzeitig die Maßnahmen zusammen, die zur Erreichung und Erhaltung des Bewirtschaftungsziels notwendig sind.

Über 60 % der Fließgewässer in unserem Zuständigkeitsbereich erfüllen heute noch nicht die Ziele der WRRL. Deshalb haben die Herstellung der biologischen Durchgängigkeit, die Verbesserung der Gewässermorphologie und die Reduzierung der Nährstoffe für uns eine hohe Priorität.

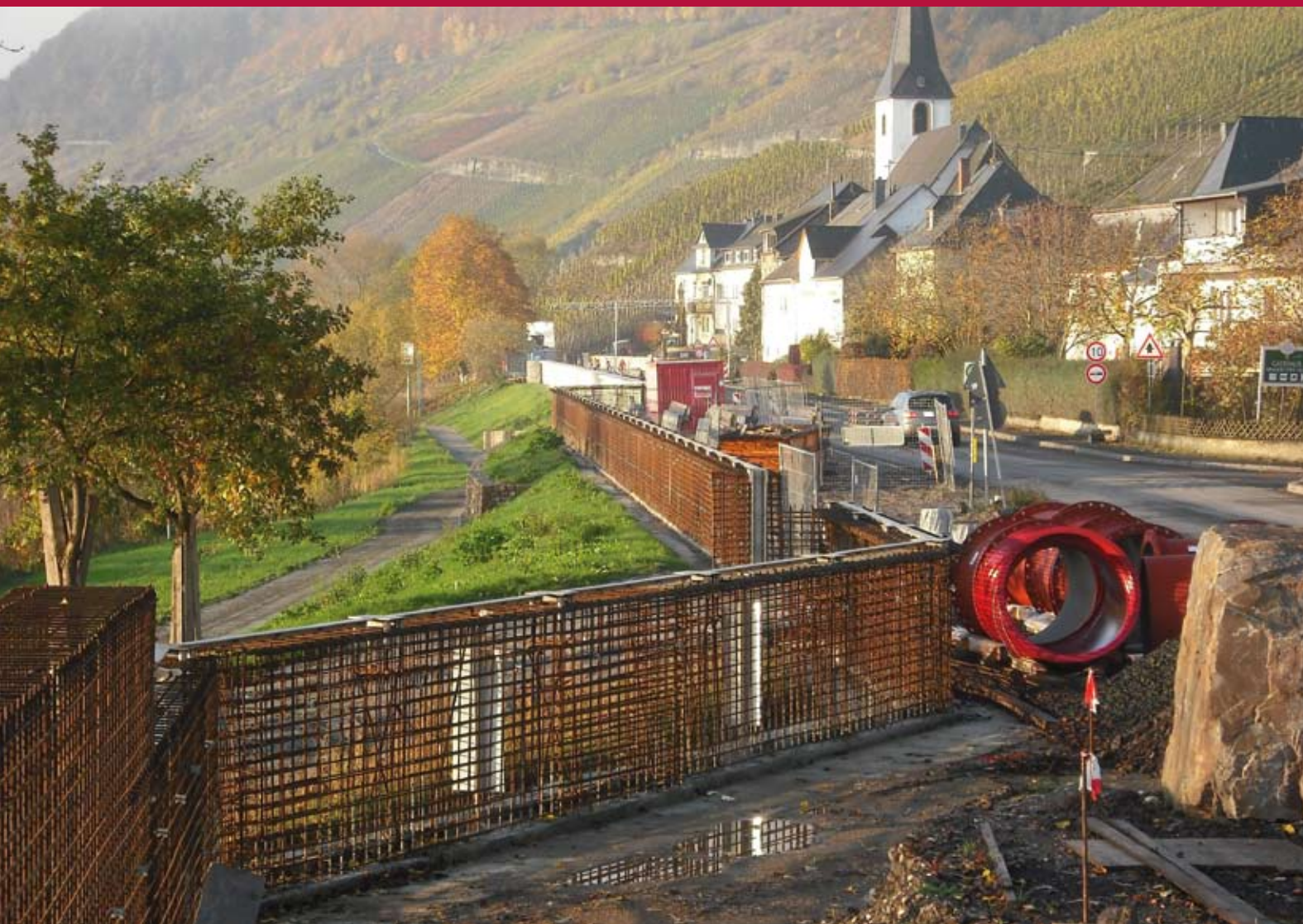
Ein erster großer Schritt zur Herstellung der Durchgängigkeit der Mosel geschieht mit dem Bau der Fischwechsellanlage an der Schleuse Koblenz, dem Tor zur Mosel. Nach der Fertigstellung können die wandernden Fische in einem Besucherzentrum beobachtet werden.





Oft haben Moselhochwasser zu Überflutungen mit hohen wirtschaftlichen Schäden in der Ortsgemeinde Kesten geführt. Künftig wird der Ort vor einem Hochwasser geschützt, das statistisch alle 15 Jahre eintreten kann.

HOCHWASSERSCHUTZ KESTEN



HOCHWASSERGEFAHR GEBANNT

In einer mehrjährigen Planungsphase arbeiten wir intensiv mit der Ortsgemeinde und der Verbandsgemeindeverwaltung zusammen, um Kesten vor weiteren großen Hochwasserschäden zu schützen. Die Baumaßnahme für den Hochwasserschutz begann mit dem Spatenstich im Januar 2009. Auf diesen Tag hatten die Kestener lange gewartet.

Das Bauwerk besteht größtenteils aus einem bis zu drei Meter hohen Deich entlang der Kreisstraße 134 und wird in den engen Abschnitten durch eine Mauer ergänzt.

Während der anderthalbjährigen Bauzeit konnten die Kestener beobachten, wie die wesentlichen Teile der Hochwasserschutzanlage nach und nach unter einem Deich verschwanden. 9.000 Quadratmeter Spundwand zur Abdichtung des Untergrundes und der Deiche wurden gerammt. 1.100 Meter Dränleitungen zur Binnenentwässerung

und drei Hochwasserpumpen mit einer Leistung von 1.000 Litern in der Sekunde sorgen dafür, dass der Ort auch von der Landseite trocken bleibt. Der tiefliegende alte Ortsteil von Kesten wird nun über eine Länge von etwa einem Kilometer geschützt.

Die große Herausforderung bei der Planung der Anlage bestand darin, die Anforderungen an den Schutz vor Hochwasser mit den Interessen des Naturschutzes in Einklang zu bringen. Beispielsweise wurde die Höhe der Anlage so gewählt, dass der Blick aus dem Ort auf die Mosel möglich bleibt. In enger Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschaft und Naturschutz wurde ein Konzept zum Schutz des Baumbestandes entlang der Kreisstraße 134 erarbeitet. Da beide Fachbereiche unter unserem Dach vereint sind, konnten die 29 von den Bauarbeiten betroffenen Bäume schnell und fachgerecht geschützt werden.



BUNDESGARTENSCHAU KOBLENZ 2011



Mit einem bunten Strauß an Farben, Formen und Ideen verändert die Bundesgartenschau Koblenz 2011 das Gesicht der Stadt. Wir sind nicht nur durch die Lage unseres Hauptgebäudes direkt neben dem Schloss eng mit diesem Großereignis verbunden. Auch mit zahlreichen Genehmigungsverfahren leisten wir unseren Beitrag zum Gelingen der Bundesgartenschau.

KOBLENZ VERWANDELT

Nach der Leitidee „Koblenz verwandelt“ will die Bundesgartenschau Koblenz auf einer Fläche von 48 Hektar ein neues, grünes Antlitz schaffen. Solche städtebaulichen Veränderungen müssen professionell umgesetzt werden. Dafür sind verlässliche und zügige Genehmigungen eine wichtige Basis.

Aufgrund der hohen Anzahl und der Vielschichtigkeit dieser Verfahren haben wir eine besondere Projektkoordinierung verankert. Bei unseren Spezialisten für das Bauwesen laufen alle Informationen rund um die Bundesgartenschau zusammen. Indem wir unterschiedliche Belange unter einen Hut bringen, tragen wir wesentlich zum Erfolg der Bundesgartenschau bei.

Beispielsweise haben wir bei der Aufstellung der notwendigen Bauleitpläne mitgewirkt und diese genehmigt. Besonders wichtig sind die Konzepte für die Kernbereiche Schloss und Festungsplateau

Ehrenbreitstein, den Schrägaufzug von Ehrenbreitstein zur Festung und die Seilbahn über den Rhein. Deren Raumverträglichkeit haben wir in einem raumordnerischen Verfahren geprüft. Außerdem haben wir die wasserrechtliche Zulassung für den Bau der Talstation erteilt und die Erneuerung der Befestigung des Konrad-Adenauer-Ufers einschließlich der Umgestaltung der Rheinanlagen genehmigt.

Unsere Fachleute haben auch die städtebauliche Aufwertung des Moselufers am Deutschen Eck und in Lützel sowie am Rheinufer von Ehrenbreitstein geprüft und zugelassen. Ein maßgebliches Projekt war außerdem die Erlaubnis des Baus einer Rheintreppe im Bereich des Schlosses.

Daneben sorgen wir bei vielen Aufgaben für die reibungslose Entstehung der Bundesgartenschau, etwa im Natur- und Artenschutz oder bei der Sicherheit auf den vielen Baustellen.



Im Rahmen der Initiative Baukultur für das Welterbe Oberes Mittelrheintal wurde im Auftrag der Stadt Sankt Goar ein europaweit ausgelobter Architektenwettbewerb zur Neugestaltung des Rheinvorlandes durchgeführt.

MODELLSTADT SANKT GOAR

QUALITÄTSVOLLES BAUEN IM WELTERBE

Das Ziel der Initiative Baukultur ist es, den Kulturräum Oberes Mittelrheintal zu bewahren und fortzuentwickeln. Unter dem Leitgedanken Werte erhalten – Zukunft gestalten sehen wir gemeinsam mit unseren Projektpartnern – dem Finanzministerium, dem Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal, der Architektenkammer und der Generaldirektion Kulturelles Erbe – den Schwerpunkt unserer Arbeit in der Förderung der baulichen Entwicklung des Welterbetals.

Die typischen Siedlungsstrukturen sollen geschützt und unter Berücksichtigung gewandelter Nutzungsansprüche entwickelt werden. Zu diesem Zweck zeigen wir Wege für neues Bauen in alter Umgebung auf, wie zum Beispiel im historischen Zentrum von Sankt Goar.

Aufgabe des Wettbewerbes war die Erstellung eines innovativen und langfristig tragfähigen Gesamtkonzeptes für die Rheinseite der Stadt Sankt Goar. Dieses soll die konkret anstehenden sowie die langfristig möglichen Baumaßnahmen vor dem Hintergrund des UNESCO Weltkulturerbes gestalterisch und funktional miteinander in Einklang bringen.

Die wesentlichen Eckpunkte der Planungsaufgabe waren die ortsgerechte Gestaltung der Ortsdurchfahrt der Bundesstraße 9, der Stadteingänge, der Rheinuferpromenade des Markt-, Hansen-, und Rathausplatzes sowie Stadtilumination und Stadtmöblierung, Kunst am Bau, Hochwasserschutz, Denkmalpflege, Naturschutz, Barrierefreiheit, Kinderfreundlichkeit, Tourismus, Personenschiffahrt, Informationssysteme und die Neuordnung der Parkplätze.





Das Plangebiet umfasst eine Fläche von rund 7,6 Hektar. Dafür werden Investitionen von insgesamt circa 6 Millionen Euro kalkuliert.

In das komplexe Wettbewerbsverfahren wurden viele Institutionen und Behörden eingebunden. Vertreten waren drei Landesministerien, eine Bundes- und vier Landesbehörden, die Kreis-, Verbandsgemeinde- und Stadtverwaltung mit ihren kommunalen Gremien, Kammern, Verbände und freie Planungsbüros. Allein in unserem Haus waren drei Referate in die Auslobung, die Vorprüfung und das Preisgericht des Wettbewerbs involviert: Bauwesen, Wasserwirtschaft und Naturschutz.

Zum Wettbewerbsverfahren wurden 24 Planungsbüros aus den Bereichen Stadtplanung, Landschaftsarchitektur, Verkehrsplanung und Architektur zugelassen. Dafür gab es eine Preissumme in Höhe von 107.100 Euro.

Der Siegerentwurf wurde im Mai 2009 prämiert. Das Büro RMP Stephan Lenzen Landschaftsarchitekten aus Bonn reichte den besten Entwurf zu dieser vielschichtigen Aufgabenstellung ein. Deshalb wurde es auch mit der Umsetzung der Planung beauftragt.

Gleichzeitig sind wir Bauherrin eines wichtigen Bereichs der Modellstadt Sankt Goar. Die wasserwirtschaftlichen Planungen unserer Fachleute für den Hafenbereich wurden in das Wettbewerbsverfahren integriert. Die Umsetzung beginnt im Jahr 2010 und ist somit baulicher Startschuss für die Modellstadt Sankt Goar.





Farbe ist nicht einfach reine Geschmackssache. Farbharmonie ist das Ziel. Der für 2011 geplante Farbatlas für das Welterbe Oberes Mittelrheintal soll ein Leitfaden sein, wie Farbe harmonisch eingesetzt werden kann.

FARBGESTALTUNG IM WELTERBE OBERES MITTELRHEINTAL



FARBE FÖRDERT BAUKULTUR

Der Managementplan für das Welterbe Oberes Mittelrheintal gibt vor, Bauvorhaben und Projekte mit dem Landschaftsschutz in Einklang zu bringen. Es geht darum, Baukultur zu wahren. Deshalb ist im November 2009 die Baufibel erschienen. Dieser Leitfaden zeigt Bauherren, Kommunen und Planern, wie welterbeverträgliches Bauen möglich ist. Doch das Bauen ist nur der erste Schritt zu einer baulichen Harmonie im Welterbetal. Farbharmonie ist ein ebenso wichtiges Mittel.

Den Anstoß, das Thema intensiv aufzugreifen, gab eine Veranstaltung bei dem Künstler Friedrich Ernst von Garnier. Der Farbphilosoph hat mit der Farbgestaltung von Industrieanlagen deren an sich negative Wirkung auf das Orts- und Landschaftsbild gemildert. Die passende farbliche Gestaltung betrifft gerade im Welterbetal die unterschiedlichsten Bauwerke. Von Burgen und Schlössern mehrerer Zeitepochen bis hin zu Wohnhäusern und industriellen Bauten. Deshalb entstand die aus der historischen Bausubstanz abgeleitete Idee, ein Konzept mit Farbkarte für eine welterbege-rechte und passende farbliche Gestaltung von Projekten aller Art zu entwickeln.

Der Farbatlas soll die Baufibel ergänzen. Durch Gegenüberstellung von Gebäuden verschiedener Epochen soll er eine Farbgebung passend zu Gebäude, Material und Umgebung vermitteln. Ein Farbleitspektrum von etwa 30 Farben soll die Menschen im Welterbe für das Thema sensibilisieren. Kontrastreiche Akzente und Vielfalt sollen zugelassen, misslungene farbliche Gestaltungen dagegen korrigiert werden.

Dafür haben wir einen Arbeitskreis gebildet, der das Projekt wissenschaftlich begleitet. Darin arbeiten wir mit unserem Partner zusammen, der Initiative Baukultur. Das ist ein Zusammenschluss von Finanzministerium, Architektenkammer, Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal und Generaldirektion Kulturelles Erbe. Außerdem beteiligen sich die Maler- und Lackiererinnung und Vertreter der Industrie. Gleichzeitig soll eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit die Aufmerksamkeit auf das Thema lenken. Daneben ist ein Wettbewerb geplant, um Malerfachbetriebe und Bauherren, die farbliche Gestaltungen vorbildlich umgesetzt haben, auszuzeichnen.



NATURA 2000



Mit dem Schutzgebietsnetz Natura 2000 sollen auf europäischer Ebene Tier- und Pflanzenarten sowie typische Lebensräume erhalten und in ihrem Zustand verbessert werden. Unsere Bewirtschaftungspläne sind die Grundlage dafür.

NATURA 2000 SCHÜTZT ARTEN UND LEBENSRÄUME

Die Meldung der rheinland-pfälzischen Gebiete für dieses europaweit größte Naturschutzvorhaben ist zwischenzeitlich abgeschlossen. In unserem Bereich sind es 23 Gebiete nach der Vogelschutzrichtlinie (VS) und 120 Gebiete nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH). Auf diesen Flächen soll der gegenwärtige positive Zustand mindestens erhalten und möglichst verbessert werden. Ziel unserer Bewirtschaftungspläne ist es, die notwendigen Maßnahmen festzulegen und Akzeptanz bei betroffenen Kommunen, Verbänden und Bürgern zu erreichen.

So ist zum Beispiel der Bewirtschaftungsplan für das VS-Gebiet Vulkaneifel fertiggestellt. Drei weitere Planentwürfe sind zurzeit im Beteiligungsverfahren: das Konzept für das VS-Gebiet Orsfeld, einem Rastplatz für Kiebitz, Goldregenpfeifer und Kranich. Außerdem die Planentwürfe für die beiden im Maifeld gelegenen Rastgebiete für durchziehende Vogelarten Maifeld Kaan-Lonnig

sowie Maifeld Einig-Naunheim. Darüber hinaus wurden für die VS-Gebiete in unserem Bereich Verbreitungskarten der gebietsrelevanten Arten ins Internet eingestellt.

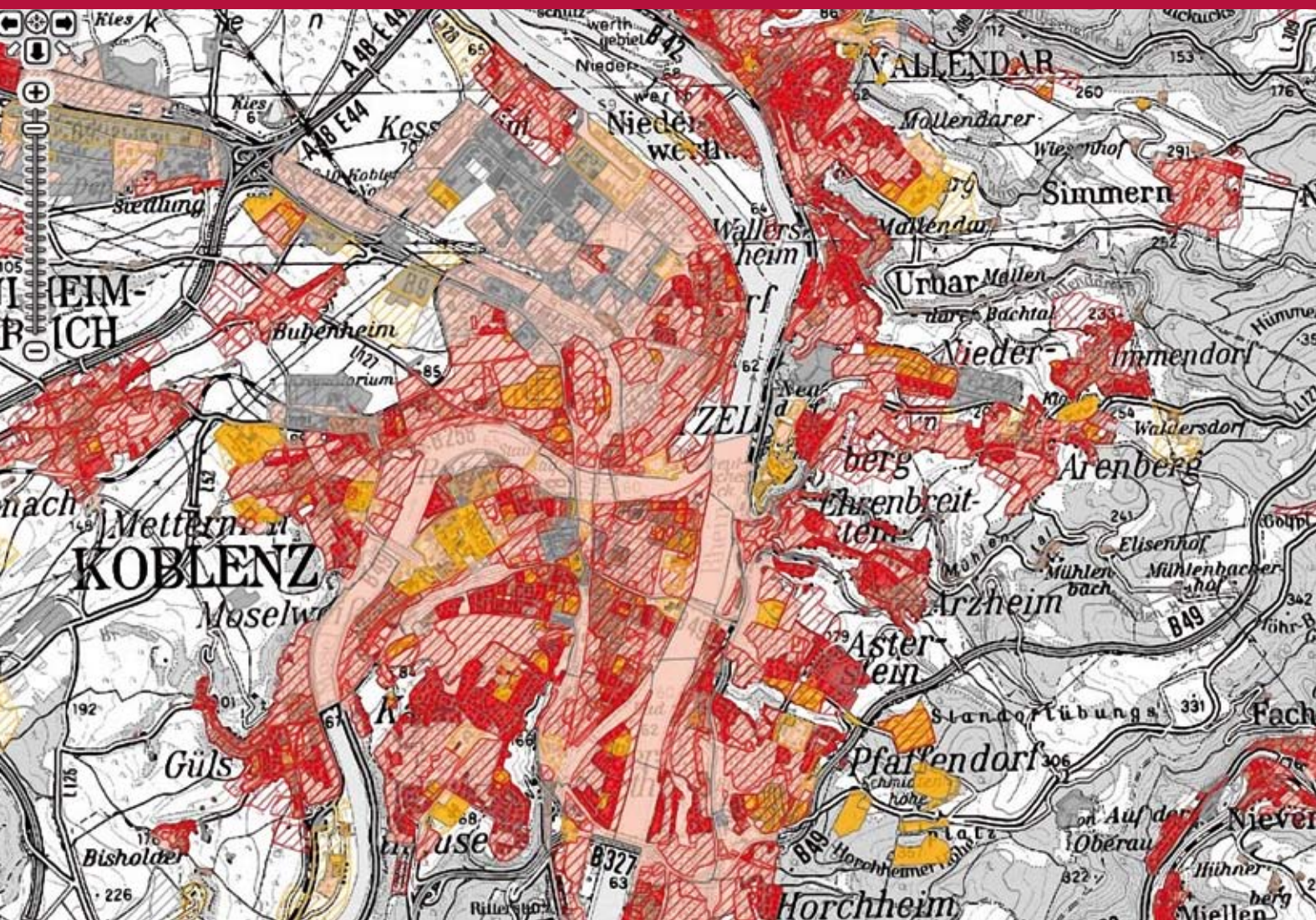
Zwei Bewirtschaftungspläne für FFH-Gebiete wurden der Öffentlichkeit vorgestellt. Zum Einen die Feuchtgebiete und Heiden des Hohen Westerwaldes. Ihr Schmetterlingsvorkommen ist bundesweit bedeutsam. Dort leben Gelbbauchunke und Kammmolch in den Basalt- und Klebsandgruben bei Elkenroth. Zum Anderen der Mattheiser Wald in Trier. Auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz mit zusammenhängenden Waldgebieten sollen Fledermäuse und Amphibien besonders geschützt werden.

Die Vorgaben unserer Pläne bilden die Grundlage für den Schutz und Erhalt einer artenreichen Umwelt.



Das rheinland-pfälzische Landesentwicklungsprogramm 2008 (LEP IV) legt fest, dass bis zum Jahr 2015 landesweit weniger neue Flächen in Anspruch genommen werden dürfen. Die notwendige Inanspruchnahme neuer Flächen ist über ein Flächenmanagement qualitativ zu optimieren. Dabei geht Innenentwicklung vor Außenentwicklung.

RAUM+ RHEINLAND-PFALZ 2010



FLÄCHENMANAGEMENT

Das LEP IV bildet den koordinierenden fach- und ressortübergreifenden räumlichen Ordnungsrahmen für die Entwicklung des Landes Rheinland-Pfalz. Ein zentraler Punkt ist die nachhaltige Siedlungsentwicklung. Mit dem landesweiten Projekt Raum+ Rheinland-Pfalz 2010 soll dieser landesplanerischen Zielsetzung Rechnung getragen werden.

Neben den kommunalen Gebietskörperschaften und den regionalen Planungsgemeinschaften sind wir als Obere Landesplanungsbehörde ein wesentlicher Projektpartner. Unser Direktionsbereich deckt das Gebiet von 115 Flächennutzungsplänen mit 1.651 Städten und Ortsgemeinden ab. Das sind rund 66 % der rheinland-pfälzischen Landesfläche.

Unsere Arbeitsgemeinschaft Geographische Informationssysteme (AG GIS) ermittelt hierzu aus dem Raumordnungskataster die baulichen

Freiflächenpotenziale im Außenbereich. Ein beauftragtes Büro durchleuchtet die Innenpotenziale. Die Ergebnisse werden anschließend in Erhebungsgesprächen gemeinsam mit dem jeweiligen Träger der Flächennutzungsplanung überprüft und auf einer internetbasierten Plattform festgehalten. Die örtliche Fortschreibung obliegt danach den Trägern der Flächennutzungsplanung. Die vorhandenen Potenzialflächen werden mittels regionalplanerischer Schwellenwertfestsetzung bei künftigen Fortschreibungen von Flächennutzungsplänen zugrundegelegt. Dies geschieht über landesplanerische Stellungnahmen, die wir selbst abgeben, oder an deren Erstellung wir mitarbeiten.

Derzeit finden die Erhebungsgespräche in den Kommunen statt. Die Auswertung und Dokumentation wird Anfang 2011 vorliegen.



FLEDERMAUSFESTIVAL IN REIL



In der Ortsgemeinde Reil an der Mosel fand im August 2009 erstmals ein Fledermausfestival statt. Denn die Kirche Maria Heimsuchung birgt einen ganz besonderen Schatz. Auf dem Dachboden der Pfarrkirche siedeln Große Mausohren. Ihren Ausflug haben wir live auf einer Leinwand übertragen.

GROSSE MAUSOHREN LIVE ERLEBT

Über 4.000 Weibchen des Großen Mausohres gebären ihre Jungen im Dachstuhl der Kirche und ziehen sie dort auf. Wie es in ihrer Wochenstube aussieht, konnte sich abgesehen von Fledermausexperten wohl kaum jemand so genau vorstellen. Diesen Blick wollten wir auch anderen ermöglichen. Eine große Herausforderung, besonders wenn die Wochenstube zusätzlich schwierig erreichbar ist. Normalerweise haben die Tiere Ruhe vor neugierigen Blicken. Doch mittels moderner Technik konnten wir mehreren hundert Fledermausinteressierten einen einzigartigen Einblick in die Wochenstube ermöglichen.

Schon Wochen vorher waren unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der örtlichen Grundschule und im Kindergarten unterwegs, um die Kinder auf die außergewöhnlichen Säugetiere aufmerksam zu machen.

Viele von ihnen besuchten das Fledermausfestival und hatten großen Spaß bei dem Kinderprogramm, das wir zusammen mit dem Arbeitskreis Fledermausschutz, der Ortsgemeinde und wei-

teren Vereinen anboten. Daneben hatten die Besucher die Möglichkeit, sich in einem interessanten Vortrag über die Lebensweise des Großen Mausohres zu informieren.

Höhepunkt des Abends war der Ausflug der Tiere. Mit Hilfe von fünf Infrarotkameras wurde das abendliche Spektakel auf dem Dachstuhl der Kirche auf Leinwände in und vor der Kirche projiziert. Zu Beginn der Übertragung schliefen oder putzten sich die Hauptdarsteller. Nur einzelne Tiere flogen sich im Dachstuhl ein, um sich auf den Ausflug vorzubereiten.

Mit zunehmender Dunkelheit steigerte sich die Aktivität der Fledermäuse. Endlich konnten die Besucher den Abflug von über 3.000 Tieren beobachten.

Die Informationstafel zum Großen Mausohr neben der Kirche informiert dauerhaft über das außergewöhnliche Geschehen im Dachstuhl des ehrwürdigen Gemäuers.

IMPRESSUM

Herausgeber

Struktur- und Genehmigungsdirektion
Nord (SGD Nord)
Stresemannstraße 3-5
56068 Koblenz

Tel. 0261/120-0
Fax 0261/120-2200
poststelle@sgd-nord.rlp.de
www.sgd-nord.rlp.de

Redaktion

SGD Nord
Sandra Hansen-Spurzem,
Nicole Scherer

Layout & Druck

Druckerei Voigt GmbH, Bassenheim
August 2010

Bildnachweis

Soweit nicht anders angegeben SGD Nord:
Achim Arenz, Stefan Backes, Manfred Braun,
Karl-Heinz Ginsbach, Gerd Haferkamp,
Sandra Hansen-Spurzem, Roland Hofer,
Jan Linke, Katharina Onnfryk, Wolfgang Reiter,
Nicole Scherer, Dr. Axel Schmidt,
Bernhard Schmitt, Reinhard Wiedemann

Seite 4: Piel Media, Boppard-Holzfeld
Seite 5: Lucky Luxem, Koblenz
Seite 6: Walz Fotografie, Mayen
Seite 12 unten: Oliver Gerke, Wittlich
Seite 14 unten: Josef Becker, Winden
Seite 22 oben: Landesamt für Soziales, Jugend und
Versorgung, Alexander Großkettler, Koblenz
Seite 24 oben: Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH /
Frey Pressebild, Niederwerth
Seite 24 unten: Landesamt für Umwelt,
Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht,
Ludwig Simon, Koblenz
Seite 28: IHKW Industrieheizkraftwerk
Andernach GmbH, Andernach
Seite 30 unten: Zweckverband
Wirtschaftsförderung Trierer Tal, Trier
Seite 32 unten: Winkgen Medical Systems,
Sölingen
Seite 34 oben: Hans-Josef Götten, Heidweiler
Seite 40 unten: BUGA 2011 GmbH, Behrendt,
Koblenz
Seiten 44, 45: RMP Landschaftsarchitekten,
Stephan Lenzen, Bonn
Seite 48 unten: EGE Gesellschaft zur Erhaltung
der Eulen e.V., Stefan Brücher, Bad Münstereifel
Seite 52 oben: Manfred Weishaar, Gusterath